

Beilage zu Nummer 63 der Volksstimme.

Dienstag den 16. März 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 16. März 1915.

Gewerbe- und Kaufmannsgericht Wiesbaden.

Eine Köchin war in einem Pensionat gegen einen Monatsgehalt von 35 Mark bei freier Station und Trinkgelder, die sich durchschnittlich auf 35 bis 40 Mark belaufen sollten, in Stellung. Mit dem Ausbruch des Krieges erklärte die Pensionatsinhaberin, sie könne jetzt Lohn nicht mehr zahlen, sie würde es aber sonst gut machen; die Bediensteten sollten zur Haushaltung gehören, und wenn der Krieg vorbei wäre, würde es auch wieder anders werden; jetzt bekämen die Bediensteten überall keinen Lohn. Die Köchin erklärte sich mit dieser Anordnung einverstanden, weil sie einmal in dem guten Glauben war, daß Lohn allenthalben nicht bezahlt werde, und weil die Beflagte ihr gesagt hatte, sie mache es wieder gut. Wahrscheinlich war die Pensionatsinhaberin der Meinung, der Krieg dauere höchstens einige Monate, damit rechnete wohl auch die Köchin, insbesondere rechnete sie aber auch damit, daß die Beflagte mit allen Bediensteten durchhalten wird. Da aber im August vorigen Jahres alle Gäste abreisten und keine neue hinzukamen, wurden der Pensionatsinhaberin die Unterhaltskosten für das Personal zu teuer, und sie gab den Bediensteten zu verstehen, daß sie zu ihren Eltern gehen könnten. Als die Köchin ihren Austritt beabsichtigte, weil sie das Bismarck nicht mehr hören wollte, bemerkte die Beflagte: Sie müsse erst kündigen (Köchin war Köchin ohne Lohn!), andernfalls lasse ich Sie durch die Polizei zurückführen. Zweifellos bedachte die Beflagte nicht, daß sie einen gewerblichen, auf Gewinn abzielenden Betrieb hatte! Sie war der Meinung, ihr Personal stehe unter der Befehlsgewalt. Die Köchin ging und klagte am Gewerbegericht für die Monate August und September 70 Mark an Lohn ein. Die Beflagte machte geltend: 1. hätte sie kein Geld, sie könne nicht bezahlen; 2. habe die Köchin ihren Dienst ohne Kündigung verlassen, und 3. verlange sie, die Beflagte, Entschädigung, weil die Köchin mit der gehaltslosen Stellung bei ihr einverstanden gewesen wäre. Das Gewerbegericht gab der Klage, unter Abzug eines möglichen Betrags von 10 Mark monatlich, statt, und verurteilte die Beflagte zur Zahlung von 50 Mark.

Ein ähnlicher Fall hatte am Kaufmannsgericht der Aburteilung. Eine Verkäuferin war von dem Lederverfabrikanten Schutz aus Offenbach a. M., der hier zwei Filialen unterhält, gegen einen Monatsgehalt von 110 Mark angestellt. Mit Ausbruch des Krieges bot Schutz der Verkäuferin monatlich 25 Mark an, weil diese darauf nicht einging, erklärte sich Schutz bereit, 30 Mark monatlich zu zahlen. Der Filialleiter in Wiesbaden legte, um die Verkäuferin zu halten, wie er bemerkte, 10 Mark aus eigenen Mitteln darauf. Beide Parteien waren wohl auch hier der Auffassung, daß der Kriegszustand nicht lange dauere, namentlich war aber die Verkäuferin der festen Meinung, daß das Anstellungsverhältnis bis zum Ende des Krieges bestehe, und sobald sich das Geschäft belebe, würde auch das Gehalt aufbessert. Obwohl das Geschäft besser ging und der Fabrikant durch Kriegslieferungen auch bedeutende Einnahmen erzielte, wollte sich der Beflagte aber nicht dazu verstehen, das Gehalt zu erhöhen. Dadurch wurde das Vertragsverhältnis gelöst und die Verkäuferin klagte den rückständigen Abzug in Höhe von 280 Mark ein. Auch das Kaufmannsgericht erblickte in diesen Manipulationen einen Verstoß gegen die guten Sitten und schlug einen Vergleich vor, der Klägerin noch 190 Mark herauszahlen. Der Beflagte ging auf diesen Vergleich ein, andernfalls wäre er sicher zur Zahlung der eingeklagten Forderung verurteilt worden.

Neue Vorschriften für die Mehlmahlung.

Gemäß Ermächtigung des Handelsministers vom 12. März wird gestattet, a) daß bei Bereitung von Weizenbrot Weizenmehl mit weniger als 30 Prozent Roggenmehl verwendet wird, b) daß bei Bereitung von Roggenbrot bis 30 Prozent Weizenmehl verwendet wird, c) daß von den Mühlen Weizenmehl abgegeben werden kann, das mit weniger als 50 Prozent Roggenmehl gemischt ist. Die Erlaubnis bleibt einweisen in Kraft bis 30. April 1915; die ist durch die Marktlage bedingt, die eine ausgiebigere Verwendung des Weizens gestattet.

Auf zur Zeichnung der Kriegsanleihe!

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem letzten Zeichnungstermin auf des Deutschen Reiches zweite Kriegsanleihe. Am 19. März mittags 1 Uhr wird die Anmeldungsliste geschlossen. Wer in der Lage ist, seinen Teil zur finanziellen Kriegszustellung des Reiches beizutragen, sollte dies unverzüglich tun, denn die Kriegsanleihe ist eine gute Kapitalanlage. Mehr als 5 Prozent Zinsen erhält der Erwerber unter Berücksichtigung des Anschaffungspreises von 98½ Mark. Mehr als 5 Prozent Zinsen für ein Wertpapier allerersten Ranges, das er jederzeit durch Vermittlung von Banken und Bankiers wieder zu Geld machen kann, auf das ihm jederzeit die staatlichen Darlehensstellen ein Darlehen gewähren. Und die hohe Verzinsung von 5 Prozent wird nicht etwa nur vorübergehend bewilligt, sondern mindestens bis zum Jahre 1924. Will dann das Reich zu dem niedrigen Zinsfuß zurückkehren, den es vor Ausbruch des Krieges auf seine Anleihen gewährt hat, so kann es das nicht, ohne zuvor dem Anleihebesitzer die Rückzahlung von 100 Mark Geld für 100 Mark Schuldverschreibung anzubieten.

Wenn man sonst 5 Prozent Zinsen erlangen wollte, so müßte man sich eine Anlage beschaffen, die im allgemeinen ein erhebliches Risiko in sich barg. Jetzt wird das Allerbeste mit einer Prozentigen Verzinsung geboten, und jeder noch so vorläufige Sparer und Kapitalist, jeder Vermögensverwalter, jeder Vormund kann unbedenklich die zu seiner Verfügung unterstellten Gelder dahin setzen, wo sie die nützlichste, dem Schutze des Deutschen Reichs dienende Verwendung finden.

Auf die erste Kriegsanleihe waren, wenn man von der Anmeldung der Feldzugteilnehmer absteht, von 1.177.235 Zeichnern mehr als 4.460.000.000 Mark gezeichnet worden. Das war gewiß ein stattliches Resultat, das an manchen Stellen des Auslandes Neid, überall aber Bewunderung hervorrief. Und doch wird das Ergebnis der zweiten Kriegsanleihe noch ganz anders ausfallen, wenn nunmehr die kleinen Sparter vollständig an die Front treten!

Unter den 1.177.235 Zeichnern auf die erste Kriegsanleihe befanden sich nämlich 231.112, die Beträge von 100 und 200 Mark und 241.804, die Beträge von 300 bis 500 Mark anmeldeten. Es bedarf keiner Frage, daß diese Zahlen sich leicht vergrößern lassen, wenn die kleinen Sparter erst wissen, daß es vor allem auch auf ihre Mitwirkung ankommt.

Das kleinste Anleihestück der Kriegsanleihe lautet über 100 Mark; ein solches Anleihestück, das 5 Mark Zinsen für das Jahr bringt, kostet 98½ Mark, oder genauer, bei Einzahlung des Betrags bis zum 31. März, da die Zinsen bis zum 1. Juli sofort vergütet werden, nur 97¼ Mark. Das ist ein Betrag, den im Deutschen Reich nicht nur 200.000 oder 300.000 Leute mit Begeisterung aufbringen können, sondern sehr viel mehr. Darum, kleine Sparter: Auf zur Zeichnung!

Die Reichsbank mit ihren fast 500 Filialen, sowie sämtliche deutsche Banken, Bankhäuser, öffentliche Sparkassen, Lebensversicherungsanstalten, Kreditgenossenschaften und zahlreiche Postanstalten nehmen Anmeldungen entgegen.

Verpflanzung des Dohheimer Exerzierplatzes. Zu dem aufgetauchten Plane, einen Teil des Exerzierplatzes Dohheim zur Verpflanzung urbar zu machen, schreibt man uns: „In einem vor kurzer Zeit erschienenen Artikel wurde die Aufzucht von Dohheimer Exerzierplatzes für landwirtschaftliche Zwecke angeregt. Wir möchten darauf hinweisen, daß nach einer durch die Militärbehörde vorgenommenen Prüfung eine Verpflanzung von Landwirtschaft auf dem Exerzierplatz bei Dohheim weder wirtschaftlich noch ohne Schädigung des Truppendienstes angängig ist. Der Exerzierplatz kann aus militärischen Gründen auch nicht teilweise abgegeben werden, da der Standort Wiesbaden über die Friedensbesatzung erhöht worden ist und andere Plätze für die Ausbildung der vielen und oft wechselnden Truppen nicht zur Verfügung stehen. Zudem würde sich nur ein kleiner Teil des Platzes an der Nordostgrenze für Kartoffel- und Gemüsebau eignen, während alle übrigen Gelände zu klein sind. Würde der Platz durch Anlage von Aedern verkleinert, so entstünden für die reichhaltige Ausbildung der Truppen große Schwierigkeiten. Auch empfiehlt es sich schon aus demwillen nicht, den Exerzierplatz als Kartoffelbaugebiet zu benutzen, da er eingeebnet, befestigt, angefaßt und entwässert werden muß und zu hohe Kosten bei späterer Aufgabe der Landwirtschaft entstehen würden. Auch würde durch die Benutzung als Kartoffelbaugebiet die Grasnutzung, deren Erhaltung im Interesse der Viehfütterung sehr wünschenswert ist, in Wegfall kommen.“

Von einem Hunde gebissen wurde der Schüler Wilhelm L. Die erlittenen Verletzungen an der Hand waren so schwer, daß der Junge durch die Sanitätswoche nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ein Raubmörder gesucht. Am 11. März wurde in Spener in der Hendenreistraße eine Frau von einem unbekannten Menschen in der Wohnung überfallen und gewürgt, daß sie bewußtlos liegen blieb. Mit dem Täter blieb eine silberne Remontuhr mit goldenem Rand im Werte von 25 Mark verknüpft. Sie trug die Zahl 31919. Nach dem Raub wird gefahndet. Ein am Tatort zurückgebliebener Brief in schlechtem Deutsch trug die Unterschrift Heinrich v. Flecken. Der Täter gab an, aus Worms zu sein und von Beruf Gärtner oder Chauffeur zu sein. Er ist etwa 25-28 Jahre alt, 1,75 Meter groß, kräftig im Körperbau, dunkelblond an Haar mit englisch geschnittenem Schnurrbart. Er trug Ledergamaschen über seinen schweren Schuhen und braunen Anzug. Für seine Ergreifung ist eine Belohnung ausgesetzt worden. Mitteilungen sind der Staatsanwaltschaft des Landgerichtlichen Gerichts in Barmersheim zu machen.

Liebesgaben an Österreichisch-ungarische Heeresangehörige. Bezüglich der Verendung der Liebesgaben an im Felde stehende Österreichisch-ungarische Heeresangehörige, sowie an deutsche Heeresangehörige, die sich bei den Österreichisch-ungarischen Truppen befinden, wird von zuständiger Stelle auf die Verfügung des Reichsfinanzers vom 28. Januar 1915 hingewiesen, nach der die Ausfuhr von Postpaketen bis zu 5 Kilogramm an die oben bezeichneten Heeresangehörigen bis auf weiteres zugelassen ist. Daß die Sendung für einen im Felde stehenden Heeresangehörigen bestimmt ist, muß aus der Adresse zweifellos hervorgehen. Den Paketen können auch Privatbriefe beigelegt werden.

Aufgehobene Beschlagnahme. Auf Anordnung des stellvertretenden Generalkommandos des 18. Armeelehrs wird die unter dem 28. Dezember v. J. verfügte Beschlagnahme von Weidenerüstungsstücken für die Stadt Frankfurt a. M. hiermit aufgehoben.

Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden, N.-O.-B. Freundschaft. Heute Probe für Männer- und Frauenchor.

Aus den umliegenden Kreisen.

Aus dem hessischen Stadtparlament.

Die bürgerliche Mehrheit im hessischen Stadtparlament bestimmt sich in dieser schweren Kriegszeit gegenüber der Not der minderbemittelten Bevölkerung in einer Weise, die die schärfste Kritik herausfordert. Diese nationalliberalen und freisinnigen Leuten pfeifen geradezu auf die große Masse der hessischen Stenerzahler. Das rigorose Benehmen dieser Herren am Schluß der gestrigen Versammlung paßt sogar dem Herrn Oberbürgermeister nicht, denn er gab in recht erregten Worten seinen Unwillen kund.

Genosse Crafz kam auf die Brotversorgung zu sprechen und betonte, daß die Arbeiter, die schwere Tagesarbeit leisten müssen, mit einem Bier-Pfund-Brotlaib pro Woche beim besten Willen nicht auskommen können. Andererseits müsse auch beachtet werden, daß die wohlhabenden Kreise ihre Brotmarken in 14 Tagen nicht verbrauchen. Hier könne und müsse ein Ausgleich geschaffen werden, vielleicht in der Form, daß die bei den reichen Leuten übrigbleibenden Brotmarken an diejenigen Arbeiterfamilien verteilt würden, wo die Brotmarken nicht reichen. Schon bei dieser Rede unseres Genossen nahmen unter dem Vorantritt des Beihilfenmeisters Förster die Herren Bismarck, Philipp, Anis, auschkefeller, Rohe, Hoffmann, Meißner, Reinhardt, Zumbach, händler, Koburger, Reimer, Wirtzer und Goldmannschmidt Stühing ihre Ästen unter den Arm, um schweigend aus dem Saal zu verjähren. Der Oberbürgermeister erklärte, daß es ihm nicht einfiel, das Wort zu ergreifen, wenn die Herren dieser wichtigen Frage so wenig Interesse entgegenbringen; er bleibe auch da, wenn die bürgerlichen Herren reden; er erwarte von ihnen den gleichen Anstand. Diese kräftige Zurückweisung sah. Die Herren waren wie vom Blitz getroffen; nur Beihilfenmeister Förster riß die Tür auf und verließ den Saal.

Stadtvorstand und Beihilfenmeister. Daß den Kindern bis zu einem Jahr kein Brot zugesprochen werde. Genosse Crafz widersproch dem mit Recht. Diese Angelegenheit wird die nächste

Sitzung des Finanzausschusses und der Notstandskommission beschäftigen. Nach dem Schluß der Sitzung gab der Herr Oberbürgermeister nach seinem lebhaften Unmut über das ungebührliche Benehmen der bürgerlichen Vertreter Ausdruck. Eine außerordentlich klägliche, arbeiterfeindliche Haltung nahmen die bürgerlichen Stadtvorordneten unter Führung des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Baurat Wohlfarth ein gegenüber dem Antrag unserer Fraktion, den Frauen der Kriegsteilnehmer, den Arbeitlosen, den Notstandarbeitern und der übrigen minderbemittelten Bevölkerung Kartoffeln zum alten Höchstpreis durch die Stadt zu liefern.

Genosse Dr. Wagner begründete im Auftrag der Fraktion diesen dringenden Antrag, den Baurat Wohlfarth nicht verabschiedet wissen wollte, weil er nicht auf der Tagesordnung stand. Unter Redner wies auf die hohen Lebensmittelpreise hin; Erbsen, Bohnen und Linsen seien Luxusartikel für die Arbeiterfamilien; so bleibe eben nur noch die Kartoffel- und Brotnahrung übrig. Die hohen Brotpreise seien aber auch unerträglich für die Arbeiter, so müsse man eben zur Kartoffel greifen. Im Interesse der Gesundheit der minderbemittelten Bevölkerung müßten Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden. Die Gesundheit des Volkes darf während der Kriegszeit — auch im Zeichen des Hungers — nicht geopfert werden — unter keinen Umständen leiden. Wenn die Regierung verweigert, müssen eben die Kommunen eingreifen. Der Hunger hält rückwärts keinen Gang. Daran ändert sich auch nichts, wenn Wanderredner mit ihren patentierten Reden kommen, noch Panik kommen, die übrigens vom Volk den Spinnweben „Hungerpöbel“ erhalten haben. Mit all diesen schönen Redeworten wird das Volk nicht satt gemacht. Nehmen Sie also unseren Antrag an, den Leuten die Kartoffeln nicht zu 10.000 Mark, sondern zum bisherigen Höchstpreis von 8.20 Mark zu liefern.

Baurat Wohlfarth: Der Antrag ist nicht eilig, er steht übrigens nicht auf der Tagesordnung. Eine Geschäftsordnungs-mäßige Erledigung wäre deshalb unmöglich. Redner verlangt Zurückverweisung des Antrags an den Finanzausschuß. Mehr konnte man auch von den nationalliberalen „Politikern“ nicht erwarten. Metallwarenfabrikant Berenges stimmt Wohlfarth zu. Er kann heute aus prinzipiellen Gründen dem Antrag nicht beipflichten.

Genosse Dr. Wagner weist den Herren noch, daß der Antrag dem Finanzausschuß rechtzeitig vorgelegen hat, daß letzterer aber wegen vorgerückter Zeit den Antrag nicht beraten, sondern direkt an das Plenum verwiesen habe. Die beweiskräftigen Ausführungen unseres Genossen, die klar darlegten, wie kräftig der Hunger jetzt schon an die Tür der armen Leute pocht, nötigten den bürgerlichen Vertretern nur ein Lächeln ab. Die Herren wollten einfach nicht: mögen die Armen sehen, wie sie mit ihrem Hunger fertig werden. Der Antrag Wohlfarth auf Zurückverweisung des sozialdemokratischen Antrags an den Finanzausschuß wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Diesen saßen Herren, denen genug Fleisch im Topfe brodelte, preßte es mit den Kartoffeln für die armen Leute nicht.

Stadtvorstand und Beihilfenmeister. Berenges berückte darauf über eine Frühkartoffelvorlage.

Mit hiesigen Besatzern und Gärtnern soll vereinbart werden, daß sie die Pflanzung der Frühkartoffeln auf 150 Morgen Land übernehmen. Die Stadt stellt die Saatkartoffeln an diese Leute, und zwar den Bestener zu 6 Mark. Das, was die Kartoffeln mehr kosten, zahlt die Stadt aus eigenen Mitteln drauf. Von den Gärtnern wird verlangt, daß sie die Kartoffeln bei der Ernte im Juli zu 10 Mark pro Hektar, Ende Juli zu 9 Mark, im August zu 8 Mark und im September zu 7 Mark abgeben. Stadtvorstand Dr. Hühnermann machte gegen diese Vorlage scharf Front. Sollte man im Herbst 1914 seinem Rat gefolgt, die Kartoffeln einzukaufen, dann wäre man heute nicht in diese Kartoffelnot geraten. Die Herren von der linken, wie von der rechten Seite seien über ihn hergefallen, und auch die „Kollisionslinie“ hätte ihn den Vorwurf gemacht, er nehme mit seiner Rede für den Kartoffelwucher Partei. (Die „Kollisionslinie“ hat gar nichts zurückzunehmen. Der Höchstpreis von 8.20 Mark im Herbst war für die damaligen Verhältnisse ein Wunderpreis; das muß schließlich auch ein Rechtsanwalt begreifen. Red. v. „Koll.“)

Von sozialdemokratischer Seite sprachen noch die Genossen Schreiber und Dr. Wagner, die vor allen Dingen eine scharfe Kontrolle gegenüber den Landwirten und Gärtnern forderten. Nach einer kurzen Ausrufung des Oberbürgermeisters wurde der Antrag des Finanzausschusses im Sinne des Referenten angenommen. Weiter wurde angenommen ein Antrag, der vorsieht, daß auf freiem städtischen Gelände Getreide, Erbsen und Bohnen zur Ernährung der städtischen Bevölkerung angepflanzt wird. Zu diesem Zweck wurden 1500 Mark bereitgestellt.

Zusimmung fand die Aufnahme einer weiteren Anleihe von 100.000 Mark bei der Landesversicherungsanstalt in Kassel. Auch diese Summe soll zur Verteilung von Ausgaben für Notstandarbeit und Arbeitslose Verwendung finden. Zur Veranschaulichung guderhaltiger Nahrungsmittel wurden dem Magistrat 72.000 Mark zur Verfügung gestellt. Hanau hat heute noch 384 Pferde und auch einen größeren Teil Rindvieh, für die Ernährungsmittel beschafft werden müssen, weil die Besitzer infolge der Beschaffung des Fehlers nicht in der Lage sind, die erforderlichen Futtermittel aufzutreiben. An der zweiten Kriegsanleihe beteiligte sich die städtische Sparkasse wiederum mit 250.000 Mark und die Stadt wieder mit 500.000 Mark. Die Einleger der städtischen Sparkasse haben bereits 400.000 Mark gezahlt. Der Vorschlag der Sammelwesenmeister Bruchhöbel schließt in Einnahme und Ausgabe mit 92.000 Mark ab. Damit nun endlich eine Klärung in der Frage des Kanalsystems herbeigeführt wird — gegen das bekanntlich der hessische Hausbesitzerverein Einspruch erhoben hatte, nach Beizugabe oder abgewiesen wurde —, soll jetzt der Provinzialrat in Kassel ersucht werden, noch vor dem 1. April einen Beschluß herbeizuführen. Wird der Beschluß bis zum 1. April nicht gefaßt, dann brauchen die Hausbesitzer den fälligen Beitrag nicht zu zahlen, und die Stadt hat rund 90.000 Mark auf ihr Schuldenkonto zu buchen.

Stadtvorstand Dr. Förster bemängelt noch das Verhalten der Sparkasse bei der Einreichung von Geld. Einer Frau, die im nationalen Interesse Geld abliefern wollte, habe man dieses nicht abgenommen, weil angeblich die Reichsbank bei der Abfertigung des Geldes Schwierigkeiten mache. Er habe sich sehr genau erkundigt, und dreimal sei ihm der Tatbestand bekannt worden. Redner ist besonders daran gelegen, in diesem Falle die Wahrheit zu erfahren, weil jetzt in allen Schichten der Bevölkerung sehr viel Gerede über die Reichsbank ist. Das sagt ein Stadtvorstandler! Red. v. „Koll.“ Der Oberbürgermeister gibt zu, daß die Reichsbank Schwierigkeiten gemacht habe, weil ein Goldstück einen kleinen Fehler gehabt hätte.

Der Etat für 1915, der eigentlich nur ein Scheinetat ist, wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter angenommen. Genosse Crafz hat die Erklärung ab, daß es seiner Fraktion nicht möglich sei, für den Etat zu stimmen, weil die bürgerliche Mehrheit jederzeit die berechtigten Wünsche der Frauen der Kriegsteilnehmer, der Notstandarbeiter, wie der gesamten minderbemittelten Bevölkerung abgelehnt habe. Der jetzige Etat ist nur ein Provisorium; im Mai soll ein wirklicher Etat vorgelegt werden.

Frankenbach, 16. März. (Keine Fahrpost mehr.) Das Postvergehen Rodheim-Jellingshausen-Frankenbach-Frankenbach ist eingestellt worden. Das Postvergehen ist ver-

endet und der Besitzer wurde schon zu Anfang des Krieges eingezogen. Nichts müssen die Bewohner unserer abgelegenen Orte alle die vielen Vorkämpfer für die Truppen im Felde selber zu einer Postanstalt bringen. Soffentlich wird diesen Leibeslände bald abgeholfen.

Schiff, 15. März. Am Bahnstationenbau bei Sindlingen verunglückte der 19jährige Arbeiter Peter aus Hildesheim, indem er unter einen Wagen geriet. Schwer verletzt wurde er ins Höchster Krankenhaus transportiert, wo ihm tödlich verletzten ein Arm und ein Bein amputiert werden muß.

Unterleibsdach, 15. März. (Ein tödlicher Unfall.) In den benachbarten Höchster Fabriken ereignete sich wieder ein Unfall, der den Tod eines Menschen herbeiführte. Im Neubau der Säurefabrik (Salpeterbau) sollte der Arbeiter Johann Schäfer, 62 Jahre alt, eine eiserne Treppe im ungefähren Gewicht von 6 Zentnern in die Höhe ziehen. Zu diesem Zweck war ein Flaschenzug mittelst eines Drahtseils am oberen Balken befestigt worden. Beim Emporziehen löste sich der Drahtseil, und die Last stürzte aus einer Höhe von ungefähr 8 Metern herab und begrub den untenstehenden Schäfer. Außer Arm- und Beinverletzungen erhielt der Bedauernswerte auch eine schwere Kopfverletzung. Kurz nach seiner Einlieferung in das Höchster Krankenhaus trat der Tod ein. Außer dem Verletzten war während des Unfalls nur der Maurer Franz Dorn aus Driedenbergrau zugegen.

Gamburg, 15. März. (In der letzten Stadtkonferenz) wurde die Rechnung für 1913/14 und der Voranschlag für 1915/16 festgestellt. Die Rechnung schließt mit 238 482 Mark Einnahmen und 238 305 Mark Ausgaben, ergibt also einen Ueberschuß von 10 167 Mark. Der Voranschlag für 1915 vergleicht sich in Einnahme und Ausgabe mit 262 889 Mark. Obwohl darin 28 000 Mark zum Erwerb neuer Kriegsanleihe, erhebliche Beträge zur Weitergewährung des selbigen Zuschusses von 50 Prozent der staatlichen Kriegsfamilienunterstützung und zur Ergänzung des Ausgleichsfonds, auch daneben der Erwerb des Bauplatzes für die projektierte Schwimm- und Badeanstalt, vorgesehen werden konnten, war doch die Beibehaltung der seitherigen Gemeindesteuer möglich. — Mit dem im Vorjahre angelegten Betrage von 220 000 Mark hat sich die Stadt nunmehr insgesamt 45 000 Mark Kriegsanleihe gesichert. Die Unterlage dieser guten Finanzgestaltung ist der vorteilhafte Verkauf von 5000 Zentnern Eisenlohrn.

Biedersheim, 15. März. (Bürgermeister und Kriegsfürsorge.) Viel besprochen wird zur Zeit hier eine Maßnahme des Bürgermeisters. Die Frauen unserer Kriegsteilnehmer, die nur ein Kind haben oder kinderlos sind, wurden nämlich dieser Tage auf die Bürgermeisterei geladen, wo ihnen vom Bürgermeister angetragen wurde, Arbeit zu nehmen, um auf diese Weise die Gemeinde von der kommunalen Unterstützung zu entlasten. Die von der Gemeindevertretung gewählte Kommission für die Kriegsfürsorge wurde auch bei dieser Gelegenheit nicht gehört, und man fragt sich mit Recht, zu welchem Zweck denn eigentlich die Kommission gewählt worden ist, wenn ihr keine Befugnisse eingeräumt werden. Die Maßnahme des Bürgermeisters mag ja aus der wohlwollendsten Absicht resultieren, die materiellen Anforderungen an die Gemeinde möglichst zu vermindern. Dann wäre aber auch zu beanstanden, daß den Angehörigen der im Felde stehenden Gemeindebeamten das volle Gehalt ausbezahlt wird. Ueberhaupt wird in der Gemeinde stark kritisiert, daß Gemeindebeamte ihr volles Gehalt beziehen, ohne daß sie ihre Tätigkeit in vollem Maße der Gemeinde widmen. Freiwillig übernommene Funktion im Kriegsdienst verschafft den Herren sogar noch ein ganz respektables Einkommen. Da wäre es als eine hochpatriotische Tat zu begrüßen, wenn die Herren auf einen Teil ihres Einkommens zugunsten der örtlichen Kriegsfürsorge verzichteten. Das würde ganz andere Empfindungen in der Einwohnerschaft auslösen, als der Versuch, den nicht auf Kosten bereiteten Frauen von Kriegsteilnehmern Egoismusvorwürfe bereiten zu wollen. Daß die betreffenden Frauen sich gerne ihren Unterhalt verdienen wollen, glauben wir in den meisten Fällen annehmen zu dürfen. Es steht auch fest, daß die Kriegfrage noch weltlichen Arbeitkräften nicht dem Angebot entspricht, und nicht in jedem Falle gesagt werden kann, daß wer arbeiten will, auch Arbeit findet.

Langen, 15. März. (Selbstmord.) Gestern vormittag wurde der in den 70er Jahren stehende Privatmann Heinrich Thomas Sehring I. in seiner Scheune erhängt aufgefunden. Was den hier allseits beliebten, in guten Vermögensverhältnissen stehenden Mann in den Tod getrieben ist bis jetzt noch unbekannt.

Darmstadt, 16. März. (Revision beim Reichsgericht.) haben die beiden vom Schwurgericht zum Tode verurteilten Vogt und Frau Heyrich durch ihre Anwälte wegen formeller Verstöße einreichen lassen.

Mainz-Kastheim, 15. März. (Eine Frauenleiche) wurde am Samstagnachmittag am hiesigen Mainufer gefunden, die anscheinend schon mehrere Wochen im Wasser gelegen hat. Die Personalien der Toten konnten bisher noch nicht ermittelt werden. Es handelt sich scheinbar um eine dem Mittelstande angehörende Frau von etwa 35 Jahren.

Bad Nauheim, 16. März. (Verschwunden.) Der seit 8 Jahren hier angestellte Eisenbahnstationsbeamte Griebl wurde bei Ausbruch des Krieges nach Belgien in den Eisenbahndienst versetzt. Seit acht Tagen ist Griebl verschwunden. Wahrscheinlich hängt sein Verschwinden mit größeren Unterschleifen zusammen, die in den von Griechen hier in Nauheim verwalteten Kassen entdeckt wurden. Auch in Belgien soll der Mann Veruntreuungen begangen haben. In diesen Tagen soll Griebl in Frankfurt mit seiner Frau zusammen getroffen sein. Es ist möglich, daß er den Tod gesucht hat, da er sich lebhafte öfters mit Selbstmordgedanken trug.

Dillenburg, 15. März. (Seinem Herrn gefolgt.) Kreissekretär Jakob von Hier, der als gewöhnlicher Gefreiter beim Landsturmataillon in Wehrer einlief, brachte es bald zum Offiziersstellvertreter. Jetzt ist er zur Zivilverwaltung in erobertes russisches Gebiet versetzt. — (G. u. c.) Nicht nur auf Landorten, sondern auch bei uns in Dillenburg hat die Maul- und Klauenseuche Eingang gehalten, und zwar bei 21 Viehbesitzern, darunter sieben Regern.

Aus Frankfurt a. M.

„Keine Parteien mehr.“ Mit dieser Ueberschrift veröffentlichte der „General-Anzeiger“ am Samstag ein Gedicht, das er dem „Vorwärts“ entnommen hatte und das in einer Gemeindegemeinde für den Geburtstag des Kaisers einstudiert worden war. Es spielte, wie „ein Dupend Song“, neun davon in Landwehruniform, durch ein Stimmungsgepräch über den Krieg umgewandelt werden. Der „Vorwärts“ hatte dem Gedicht ein paar Worte der Ablehnung beigefügt und es mit dem Stichwort: „Keine Parteien mehr“ versehen. Nun macht das Gedicht in den letzten Tagen die Runde durch die ganze bürgerliche Provinz, und zwar mit dem Vermerk: „Keine Parteien mehr.“ Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht der „Vorwärts“, das führende sozialdemokratische Organ (Berlin) das folgende Gedicht: „Ein jüdischer Pastor dankte dem „Vorwärts“ sogar in herzlichen Worten für diese vermeintliche Neuorientierung unserer Politik. Es stellt den Leuten, die solchergestalt auf den Streich eines Späßvogels herein-

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Heinr. Wilh. Westphal, Frankf.-Innenstadt
gefallen am 10. Februar bei Senogow

Rudolf Marpert, Frankfurt-Industriegebiet
gefallen am 12. Februar bei Malsrod

Philipp Krauß, Affenheim
gefallen am 17. Februar in Frankreich

Eriz Peitth, Ober-Erlenbach
gefallen am 18. Februar in Frankreich

Johannes Hainbuch, Eckarthausen
gefallen an einer im Kriegsdienst sich zugezogenen Krankheit in seiner Heimat am 23. Februar

Otto Boverdort, Sattler, Kirchen
gefallen im Felde

Ernst Kehl, Schlosser, Kirchen
gefallen im Felde

hiesigen, ein rechtes Armutszeugnis aus, daß sie es für möglich hielten, der „Vorwärts“ könnte ein solches Gedicht zustimmend abdrucken.

Zu Tode gestürzt. In einem Garten des Hildesheimerwegs wurde heute früh ein 85jähriger Pensionär tot aufgefunden. Der Greis ist anscheinend nachts aus dem Fenster des zweiten Stocks gestürzt. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, konnte bislang nicht festgestellt werden.

Neues aus aller Welt.

Die Sorgen eines Hausbesizers.

In der „Märkischen Volksst.“ lesen wir: Um die Existenz der meisten Kriegsfamilien ist es nicht gerade glänzend bestellt. Die Unterstützung reicht nicht aus, um den dringendsten Ansprüchen des Lebens genügen zu können, das Vierteljahr, an dessen Schlusse Miete gezahlt werden muß, ist gar zu schnell um. Darum suchen sich manche Kriegsfrauen durch Vermieten eines Zimmers an Militärpersonen über die kritische Zeit hinwegzuhelfen. Daß es Hauswirte gibt, die daran etwas auszuweisen haben, ja, die sogar noch einen Extraprofit begehren, obwohl die Wohnung durch das Abvermieten an einen Fremden nicht mehr abgenutzt wird, als wenn der Wohnungsinhaber antworten wäre, das sollte man nicht für möglich halten. Und doch gibt es solche Hausbesizer.

Der Hausbesitzer L. Slocinski, Cölnbus, Leisingstraße 4, in seiner Eigenschaft als Lokomotivführer nach Halle a. S. verleiht, schickte an eine Mietpartei, von welcher der Hausvorstand seit den ersten Mobilisationstagen im Felde steht, folgendes Schreiben und Kostenaufstellung:

Halle a. S., den 8. März 1915.

Herrn und Frau Cölnbus.

Es ist mir zur Kenntnis gekommen, daß Sie wiederholt und zwar ohne jede Erlaubnis (1) gegen Mietzahlung Offiziere pp. in Quartier genommen haben, was doch auf Grund des Mietvertrages nicht statthaft ist.

Wenn ich in der schweren Kriegszeit gegen Aufnahme von Militärpersonen, aber nur solchen Personen nicht einzutreten habe, so muß ich doch meine Rechte wahren, und es kann mir nicht zugemutet werden, noch für die Kosten für schnellere Abnutzung der Wohnräume, mehr Verbrauch an Wasser, Kanalgebühren und für die Abnutzung von Heizungsanlagen auszukommen. Daher fordere ich Sie hierdurch auf, und stelle Ihnen frei, entweder Sie haben die Abvermietung sofort auf, oder Sie zahlen mir eine monatliche Entschädigung von 5 Mark, das heißt für jeden angefangenen Monat, mit der Bemerkung, daß es sich nur um militärische Personen und zwar in der Kriegszeit handelt. Anbei die Zusammenstellung der fraglichen Kosten.

Hochachtungsvoll L. Slocinski, Grimmstr. 4.
Kostenaufstellung über Schadenersatzsprüche betreffs Abvermietung:
Wassergeld, wöchentlich 3 ehm. à 18 Pfg. = 54 Pfg.
für 4 Wochen 2.16 Mk.
Kanal- und Heizungsanlagengebühren, jährlich 110 Mk. : 11 = 10 Mk. : 12 Monate 0.88 „
Für monatliche Abnutzung der Wohnräume 2.99 Mk.
rund 5 — „

Wir halten es für selbstverständlich, daß die derart angegangene Mietpartei dem „einnehmenden Wesen“ dieses Hausbesizers und wohlbestallten Beamten nicht entspricht. Im übrigen mögen sich unsere Leser den Kommentar dazu selbst machen. Bemerkte sei noch, daß die Miete vierteljährlich im Voraus bezahlt werden muß, und daß die Abvermietung nur immer kurze Zeit gedauert hat, weil die Quartiernehmer stets unermüdet verfehlt wurden.

Von einer Tat stillen Veldentums erzählt der Feldpostbrief eines 24 Jahre alten Soldaten, der seit drei Monaten wegen Typhusvergiftung im Lazarett liegt, sich aber auf dem Wege der Besserung befindet. Er schreibt laut „Köln. V.-Ztg.“ an seine Eltern: „... Gestern kamen viele Verwandte hier an, Veitst- und Schwester. Einer hatte einen Schuß in das Bein bekommen und hatte soviel Blut verloren, daß er nur durch Blutübertragung erhalten werden konnte. Als der Oberstabsarzt fragte, wer sich freiwillig dazu melden wolle, habe ich mich gemeldet. Jetzt wurde ich untersucht und für völlig gesund befunden. Dann schnitt er mir in die Pulsader und steckte ein silbernes Nähnägel in die Öffnung und verband daselbst mit dem Puls des Verwundeten. Etwa 15 Minuten mußte ich in der Stellung verharren, dann wurde die Verbindung gelöst und der Schnitt verbunden. Während der ganzen Zeit war der Verwundete ohne Bewußtsein. Wie der Arzt mir sagte, hat er jetzt die volle Bewußtsein, daß er genesen werde. Es war ein Schiefer vom 23. Regiment, 22 Jahre alt und verheiratet. ... Schlacht und einfach, wie der Tapfere selbst ist, sind die Worte.

Mord. In einem Hamburger Kaffeehaus hat ein Reiner seine Braut, eine Barbare, durch einen Schuß in die Schläfe getötet und sich dann selbst erschossen. Der Beweggrund der Tat ist unbekannt. Der falsche Bürgermeister. In Köln wurde eine ganze Woche vor den Geschworenen gegen den ehemaligen Schreiber Thormann

verhandelt, der durch Namenswechsel und kühne Schwindelereien sich selber in höhere Posten bei der Kommunalverwaltung, zuletzt in Köln, hineingeschmuggelt hatte und unter falschem Namen auch die Tochter eines wohlhabenden Bürgers als Frau heimführte. Von mehreren Zeugen wurde Thormann-Alexander bestätigt, daß er eine betrübliche Intelligenz besitze und sich auch trotz mangelnden Studiums eine Menge juristischer Kenntnisse erworben habe. Die Geschworenen bejahten fast alle Schuldfragen unter Verneinung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte eine Gesamtkasse von acht Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte brach bei Verlesung des Strafantrages in die größten Beschimpfungen gegen den Staatsanwalt, gegen den Gerichtshof und sogar gegen seinen eigenen Verteidiger aus. Er erklärte alles für Schwindel und Bestechung. Das Urteil lautet: auf 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Das Ende. Aus Kopenhagen wird dem „Berl. Tagebl.“ telegraphiert: Die morganatische Gemahlin des verstorbenen Königs Leopold von Belgien, Baronin Daughan, die sich in Paris aufhielt, hat sich, wie der „Temps“ meldet, durch einen Revolverbeschuß getötet. Sie hat wohl nicht überleben können, daß jetzt die deutschen Truppen im Reich weilsand Leopolds zu bestimmen haben? Oder — da man der Dame keine Sentimentalität zutrauen kann — ist vielleicht das Klingel alle geworden?

Gerichtssaal.

Frankfurter Schwurgericht.

Brandstiftung aus Rache? Unter der schweren Anklage der vorsätzlichen Brandstiftung steht heute der 41jährige unverheiratete, aus Steinfeld bei Bamberg gebürtige Schuhmacher Johann Georg Dippold vor den Geschworenen. Dippold hatte seit 1912 im Erdgeschoß des Hauses Garbenbergstraße 25 eine Werkstätte mit Wohn- und Schlafraum inne. Der letztere war von der Werkstätte durch eine Bretterwand getrennt. Während bis zum Ausbruch des Krieges das Geschäft gut ging, so daß Dippold seinen Verpflichtungen nachkommen konnte, so ist seit Kriegsausbruch nachgelassen haben, so daß Dippold vom Oktober an die Miete schuldig blieb. Sein Haus herr, der Schuhmachermeister Hermann Raier, forderte nicht lange und klagte auf Räumung. Dippold wurde auch verurteilt, am 15. Dezember d. J. zu räumen; da aber bis zu diesem Tage dem Hausbesitzer das Urteil noch nicht zugestellt war, blieb Dippold noch da. Am Abend des 16. Dezember fiel dem Ehepaar Raier, als es von einem Ausgang zurückkehrte, auf, daß an den Fenstern Dippolds die Rollläden heruntergelassen waren, was sonst nie der Fall gewesen war. Gegen Mitternacht wollen dann die Eheleute Raier Geräusch in der Wohnung Dippolds gehört haben, und gegen 2 Uhr drang Brandgeruch in den ersten Stock herauf, den die Raier'schen Eheleute bewohnten. Man drang in die Wohnung Dippolds ein, und die Feuerwehre stellte zwei Brandherde fest, einen in der Werkstätte und einen im Wohn- und Schlafzimmer. Verbrannt beginn, angebrannt waren ein Bett im Wohn- und Schlafzimmer und ein Stuhl, ein Schmel und ein Bett in der Werkstätte, außerdem die Decke, der Fußboden und die Bretterwand. Das Feuer wurde rasch gelöscht. Dippold war nicht in der Wohnung. Nachdem er noch einigen Tagen festgenommen war, hat er beim Untersuchungsrichter die Möglichkeit zugegeben, daß er die Brandstiftung begangen habe. Dann mußte es aber im Delirium geschehen sein, denn er habe sich, seit das Geschäft schlechter ging, dem Trunk ergeben und sei am Abend des 16. Dezember schwer betrunken gewesen. Sein Stummwort will allerdings, als Dippold um 8 Uhr abends die Werkstätte verließ, von Trunkenheit nichts bemerkt haben. Heute erklärte Dippold, er sei nur von 8 bis 9 Uhr in seiner Wohnung gewesen. Daß er nicht schwer betrunken war, gibt er zu. Aber von dem Brande wisse er nichts, er habe keine Ahnung, wie er entkommen sein könne. Nach 9 Uhr sei er in eine Werkstätte in der Alten Mainzerstraße und habe weitergetrunken, und am anderen Morgen sei er im Stadtwald erwacht. Er sei dann zurück in die Stadt, habe den Tag über wieder viel getrunken und habe auch die folgende Nacht im Wald geschlafen. Warum ist er nun nicht in seine Wohnung zurückgekehrt, wenn er ein reines Gewissen hatte? Und was sollten die Drohungen bedeuten, die er einige Tage vorher ausgesprochen hatte: „er ziehe aus, oder Raier werde es bereuen“ und „Ihr werdet von mir hören“?

(Die Verhandlung dauert fort.)

Telegramme.

Erdbeben in Mittelitalien.

Hohenheim bei Stuttgart, 16. März. (W. P. Nichtamtlich.) Gestern abend bezeichneten unsere Instrumente ein schwaches Erdbeben, dessen Erd 500 Kilometer entfernt liegt, wahrscheinlich in Mittelitalien. Die erste Vorläuferwelle traf hier um 10 Uhr 57 Min. 7 Sekunden ein, die ersten Ausschläge erfolgten um 10 Uhr 58 Min. 32 Sek.

Seitgenommene Proffipatrioten.

Budapest, 16. März. Die Polizei verhaftete die Budapest-Luchgroßhändler Bela Roßn, Alexander Bela Barabi, Eugen Nigeti, Morik Lebermann und Kaufmann Eugen Taubes aus Maramaros-Siget, welche Militärbesetzungen auf hochgraues Tuch zum Preise von 11 und 12 Kronen übernommen hatten, jedoch minderverfüge, zu weiche Tuche zum Preise von 3 bis 4 Kronen zusammenkauften und ablieferten. Die Schuldigen sollen auf Grund des Militärstrafgesetzbuches dem Divisionsgericht vorgeführt werden.

Wiesbadener Theater.

Reisend. Theater.

Dienstag, 16. März, 7 Uhr: „Die spanische Fliege“. Mittwoch, 17. März, 7 Uhr: „Der aufstehende Frosch“. Donnerstag, 18. März, 7 Uhr: „Die fünf Frankfurter“. Freitag, 19. März, 8 Uhr (21. Vorstellung): „Das Glück im Winkel“.

Königliches Theater.

Mittwoch, 17. März, 7 Uhr: „Tiefand“. Donnerstag, 18. März, 8½ Uhr: „Tannhäuser“. Freitag, 19. März, 7 Uhr: „Aster Lampe“. Samstag, 20. März, 7 Uhr: „Der Riesenbaron“. Sonntag, 21. März, 7 Uhr: „Königskinder“. Montag, 22. März, 7 Uhr: „Sedles Symphoniekonzert“.

Konfirmanden-Anzüge Hüte Wäsche
Lehrlings-Bekleidung für jeden Beruf
empfiehlt W 664
Rothschild's Arbeiterkl. - Magazin
Wellritzstraße 18.
Lieferant des Konsum-Vereins.

Restaur. zum Andreas Hotel
Schwalbacherstraße 59.
Vorzügliche Speisen und Getränke
Restaurations zu jeder Tageszeit.
Keller empfehle mein schmales
Bereinslokal. Auktionsvoll 0507
Ludwig Stöcklein.
Lehrling
mit guter Schulbildung gesucht
Buchdruckerei Riegler
Bücherstraße 20. W 670
Werbt neue Abonnenten für die Volksstimme.